



Sehr geehrte Damen und Herren,

gleich zu Beginn dieser Sitzungswoche hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Montag in einer Sondersitzung die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2011 und des Finanzplans bis 2014 ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Folgende Eckpunkte liegen dem Beschluss der Bundesregierung zu Grunde:

1. Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel fest, bis zum Jahr 2013 zwölf Milliarden Euro zusätzlich für Forschung, Bildung und Entwicklung bereit zu stellen. Trotz der angespannten Haushaltslage hat für die Koalition Bildung und Forschung Vorrang.

2. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen werden auf den Prüfstand gestellt: In dieser Legislaturperiode wird es keine neuen Subventionen geben, und bestehende werden nicht erhöht. Eine ökologische Neujustierung wird zur Besteuerung der Kernenergie führen. Sie ist notwendig, um Zusatzgewinne abzuschöpfen und die Kernkraftwerksbetreiber an den Sanierungskosten des Endlagers Asse zu beteiligen. Auch die geplante nationale ökologische Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere, die von einem inländischen Flughafen abfliegen, ist ein richtiger Schritt und wird ihre ökologische und ökonomische Wirkung entfalten.

3. Die Bundesregierung bekennt sich zum System der sozialen Sicherung, doch auch bei den Sozialleistungen sind Einschnitte unumgänglich. Das Elterngeld zum Beispiel hat sich als erfolgreiches Instrument der Familienpolitik erwiesen. Dennoch wird die Lohnersatzrate moderat von 67 Prozent auf 65 Prozent abgesenkt. Gleichzeitig bleibt der Höchstbetrag von maximal 1.800 Euro im Monat bestehen.

4. Das Bundesministerium der Verteidigung wird sich ebenfalls an der Konsolidierung des Bundeshaushaltes beteiligen. Dafür ist vorgesehen, dass

bis September 2010 Vorschläge für eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten bei gleichzeitigem Erhalt der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit Deutschlands für Einsatz- und Bündnisfähigkeit unterbreitet werden.

5. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität von Staat und Gesellschaft. Gleichwohl ist mit Blick auf die neue Schuldenregel ein adäquater Konsolidierungsbeitrag der Bundesverwaltung erforderlich. So sollen bis zum Jahr 2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

6. Die Bundesagentur für Arbeit wird in ihrer Autonomie gestärkt werden, so dass sie mittel- und langfristig ohne Darlehen oder Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt wirtschaften kann.

7. Die Bundesregierung bekennt sich zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung in Bezug auf die Kommunen. Daher wird die eingesetzte Gemeindefinanzkommission Vorschläge erarbeiten, die Kommunen auf eine stabile finanzielle Grundlage zu stellen.

8. Um Finanzmarktkrisen, wie die gegenwärtige, zukünftig zu vermeiden, müssen grundlegende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft - Haftung und Verantwortung - wieder stärker das Handeln der Finanzmarktakteure bestimmen. Die Finanzmarktbranche ist angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Dafür wird die Bundesregierung zügig die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Bankenabgabe schaffen, die in einen Restrukturierungsfonds einfließen soll.

Durch diese Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2014 insgesamt rund 81,6 Milliarden Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

11.06.2010

Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden. Nur mit den genannten Maßnahmen wird es möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

Verbot von Leerverkäufen

In erster Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte, welches spekulative Wetten auf fallende Kurse zukünftig unterbindet, debattiert. Der Gesetzentwurf, den die christlich-liberale Koalition im Bundestag eingebracht hat, hat zum Ziel, zukünftig in Deutschland alle ungedeckten Leerverkäufe zu verbieten. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble will mit der deutschen Initiative eine europäische Lösung voranbringen. "Der Vorwurf des nationalen Alleinganges ist üblich, aber beeindruckt mich nicht mehr so sehr", sagte Schäuble während der Bundestagsdebatte. Die Finanzmärkte benötigten strengere und effizientere Regeln. Die modernen Finanzmärkte mit ihren internationalen Verflechtungen und ihren innovativen Instrumenten hätten, auch durch "ausgeprägtes Herdenverhalten", die Schwankungen verschärft. Daher stimme die frühere Behauptung, dass Spekulationen auch eine stabilisierende Funktion hätten, nicht mehr, stellte Schäuble fest. Die Akteure an den Finanzmärkten hätten kein Interesse an ruhigen Märkten, weil sie dann weniger verdienen. Die modernen Finanzmärkte könnten "die Bemühungen der Politik konterkarieren, in einer Krise rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen und die Lage zu stabilisieren", warnte der Bundesfinanzminister. Die sich dramatisch verschlechternden Refinanzierungsbedingungen Griechenlands, Portugals und Spaniens ließen sich nur zu einem Teil durch sich verschlechternde ökonomische Fundamentaldaten erklären.

Wulff für Amt des Bundespräsidenten nominiert

Der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat uns alle überrascht. Ich bedauere diesen Rücktritt sehr und ich halte ihn in keinsten Weise für gerechtfertigt. Gerade in der jetzigen Situation hätten wir Stabilität und Kontinuität benötigt. Mit Ministerpräsident Christian Wulff haben CDU, CSU und FDP einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert, der über eine breite politische Erfahrung verfügt: Er führt in Niedersachsen seit langer Zeit sehr erfolgreich eine christlich-liberale Koalition und hat das Bundesland mit großer Umsicht, Weitblick und auf der Grundlage eines festgefügteten Wertefundaments regiert. Christian Wulff zeichnet es aus, dass er zusammenführt und stets offen und neugierig auf die Menschen zugeht.

Änderung wehr- und zivildienstrechtlicher Vorschriften 2010

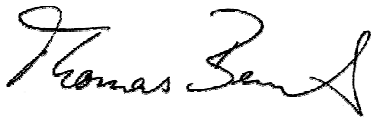
Mit dem Wehrrechtsänderungsgesetz 2010 wird die Entscheidung im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26. Oktober 2009 umgesetzt, die Dauer des Grundwehrdienstes bis spätestens zum Januar 2011 von neun auf sechs Monate zu verkürzen. Dies wirkt sich unmittelbar auf das Wehrpflichtgesetz und mittelbar auf das Zivildienstgesetz aus. Die Regelung gilt erstmals für Wehr- und Zivildienstleistende, die ihren Dienst ab dem 1. Juli 2010 antreten werden. Mit der Verkürzung des Grundwehrdienstes und damit des Zivildienstes mussten weitere Folgeänderungen festgelegt werden, wie z. B. die Abschaffung des abschnittsweisen Grundwehrdienstes und damit auch des abschnittsweisen Zivildienstes, die Verkürzung des Zivil- oder Katastrophenschutzes, die Einführung eines freiwilligen zusätzlichen Zivildienstes, die Änderung des Wehrsoldgesetzes und der Soldatinnen- und Soldatenurlaubsverordnung. Die Folgeänderungen zielen darauf ab, im Interesse des Bundes, aber auch im Interesse der Wehrpflichtigen den Grundwehrdienst und den Zivildienst weiterhin sinnvoll und attraktiv zu gestalten.

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

11.06.2010

Von der momentan angedachten und viel diskutierten Aussetzung der Wehrpflicht, halte ich persönlich nichts. Für mich gibt es zur Wehrpflicht in Deutschland keine Alternative und ein Aussetzen der Wehrpflicht ist ein erster Schritt hin zu einer Berufsarmee. Und dies sollte nicht unser Ziel sein.

Herzliche Grüße
Ihr



Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert !

Termine (Auswahl)**Freitag, 11. Juni**

19:30 Uhr Bezirksvorstandssitzung der CDU
Württemberg-Hohenzollern, Sigmaringendorf

Samstag, 12. Juni

11:00 Uhr Eröffnung des Konventbaus der
Klosteranlage Inzigkofen

Sonntag, 13. Juni

10:00 Uhr Festgottesdienst zum 75-jährigen
Bestehen des Kirchenchores Balingen-Ostdorf

14. – 18. Juni

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

Bareiß lädt zum Energiepolitischen Dialog

In seiner Funktion als Energie-Koordinator der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Thomas Bareiß in dieser Woche zum Energiepolitischen Dialog mit Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen MdB geladen. Im Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Berliner Reichstagsgebäude kamen rund 300 geladene Gäste, um mit dem Bundesumweltminister sowie der Vorsitzenden der Hauptgeschäftsfüh-

rung des BDEW Hildegard Müller zu diskutieren. Anlass der Veranstaltung war das anstehende Energiekonzept der Bundesregierung, mit der die Weichenstellungen für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland für die nächsten Jahrzehnte gestellt werden sollen. Zwischen Thomas Bareiß und Umweltminister Röttgen herrschte Einigkeit, dass für den Übergang in das regenerative Zeitalter die Nutzung von Kernenergie als Brücke notwendig ist.

**Bareiß trifft Bundespreisträger aus dem Wahlkreis des Europäischen Wettbewerbs**

Guntram Schindler, Berufsschüler an der Gewerblichen Schule Bad Saulgau und in der Ausbildung zum Fotograf, hat am Europäischen Wettbewerb zum Thema „Armut und Ausgrenzung“ teilgenommen. Dabei gewann er mit seinem zu diesem Thema gestalteten Plakat

einen Bundespreis und durfte auf Einladung der Bundeskanzlerin für drei Tage nach Berlin. Trotz des sehr vollen Programms kam ein Treffen mit dem Bundestagsabgeordneten Thomas Bareiß zustande, der dem Gewinner herzlich gratulierte und ihm alles Gute für seine Zukunft wünschte.